

# Kita-Gebühren – geht nicht, gibt's nicht! Lassen Sie uns neu denken!



**Wir haben ganz aktuell einen Wechsel an der Spitze der Böblinger Verwaltungsspitze und wir, die CDU – Fraktion, freuen uns auf die Arbeit mit Herrn Dr. Belz, um die in der Stadt anstehenden Aufgaben bestmöglich zu lösen.**

In seinem Wahlprogramm kündigte das neue Stadtoberhaupt u.a. an, sich für die Einführung einer einkommensabhängigen KiTa-Gebühr einsetzen zu wollen. Hiermit soll die Chancengleichheit in der Gesellschaft verbessert werden. Eine Orientierung der Gebühr am Einkommen der Eltern, umgesetzt in ein Stufenmodell, schwebt dem neuen Oberbürgermeister hier vor.

Klingt erstmal gut – aber wo würde uns eine solche Gebührengestaltung hin führen? In den Gemeinden in Baden-Württemberg, in denen ein solches Stufenmodell Grundlage der Gebührenerhebung ist, ist es üblich vom Höchstsatz auszugehen und es den Eltern durch Nachweis des Familien-Brutto-Einkommens zu ermöglichen, eine Verminderung des jeweiligen Betrags zu erreichen. Dies führt nicht nur bei den Familien, sondern insbesondere auch in der Verwaltung zu einem erheblichen Verwaltungsmehraufwand. Dem ließe sich durch eine Stelenschaffung begegnen,



*CDU-Stadträtin  
Irmgard Spruth-Müller*

was aber natürlich entspr. Kosten auslöst. Daneben entsteht bei den Familien natürlich die Frage, ob sie sich in die persönlichen Daten hineinschauen lassen wollen. Die Frage des Datenschutzes ist von zentraler Bedeutung bei einem solchen Vorgehen.

Es ist in diesem Zusammenhang wichtig zu wissen, dass bereits heute schon eine Unterstützung für einkommensschwache Eltern bei den Betreuungskosten durch die öffentliche Hand gewährt wird. Bei einem Anteil von ca. 15 % aller Böblinger Kinder leistet das Jugendamt einen Beitrag zur Betreuungsgebühr. Durch die Einführung des angedachten Stufenmodells würde also die öffentliche Hand zulasten der einkommensstärkeren Eltern entlastet.

Es wird einiges an Argumenten benötigen, bei unterschiedlich hohen Gebühren für die letztlich gleiche Leistung – nämlich die

Betreuung des Kindes – die Einigkeit in der Elternschaft beizubehalten.

Hinzu kommt meines Erachtens noch die Problematik, dass bei einer gewissen Höhe des Gebührenbetrags für die höheren Einkommensklassen, die Bildung von privaten Kleinstbetreuungsgruppen zu erwarten sein dürfte. Die Anstellung einer „Nanny“ durch 2-3 einkommensstarke Familien erscheint bei den zu erwartenden Kostenrahmen durchaus denkbar. Und in diesem Fall hätten wir bei der Verfolgung von Kostengerechtigkeit unseren Kindern einen Bärendienst erwiesen, der sich in einer Abwanderung dieser Kinder in private Betreuung zeigen könnte. Und dies kann und darf nicht Ziel gelungener kommunaler Sozialpolitik sein.

Also alles so lassen, wie es ist? Das wäre möglich.

Wollen wir jedoch nach Chancengleichheit und gesellschaftlicher Gerechtigkeit streben, so sollten wir nicht aus dem Auge verlieren, was Familien tagtäglich leisten. Als Arbeitnehmer zahlen sie in unsere sozialen Systeme ein. Zeitgleich tragen sie durch die Kinder, die sie großziehen, zum langfristigen Erhalt genau dieser Systeme, letztlich unserer Gesellschaft, bei. Es handelt sich also um einen Bevölkerungsteil, der unser aller Unterstützung verdient. Wäre es aus diesem Blickwinkel nicht ein größerer Beitrag zu Chancengleichheit und Gerechtigkeit, wenn wir als Gesellschaft geschlossen einen Beitrag zur Entlastung



der Familien leisten? Die gebührenfreie Betreuung der Kinder wäre ein starkes Zeichen in diese Richtung. Die Einrichtung einer gebührenfreien Basisbetreuung von etwa 5 Stunden am Tag, um eine merkliche Entlastung der Familien und zugleich eine Anerkennung der besonderen Leistungen, die hier erbracht werden, zu erreichen, würde der aktuell verliehenen Auszeichnung „familienfreundliche Kommune plus“ noch mehr Leben einhauchen. Die Stadt Heilbronn macht es uns vor: dort gibt eine gebührenfreie Basisbetreuung von 5 Stunden am Tag. Darüber hinausgehende Betreuungszeiten werden kostenmäßig von den Eltern getragen. Im Rahmen der Basisbetreuung ist allein die tatsächliche Betreuungsleistung gebührenfrei. Anfallende Sachkosten werden auf die Eltern genauso umgelegt wie die Kosten der Sportangebote oder sonstiger über die Betreuung hinausgehenden Kosten.

Ich finde es lohnend, sich

für ein solches Betreuungsmodell auch in Böblingen einzusetzen. Von maßgeblicher Bedeutung dabei ist ein tragfähiges Gegenfinanzierungsmodell, ohne das eine solche Maßnahme nicht darstellbar wäre. Wir haben hierzu verschiedene Ansatzpunkte im Auge, an deren Erarbeitung wir uns gerade befinden.

Wir wollen uns aber auch intensiv mit Ihnen, den Böblinger Bürgern und den Böblinger Eltern zu diesem Thema austauschen. Wir freuen uns über Ihre Meinung zum Thema entweder an meine E-Mail-Adresse [Irmgard.Spruth-Mueller@Stadtrat-boeblingen.de](mailto:Irmgard.Spruth-Mueller@Stadtrat-boeblingen.de) oder über die Facebookseite der CDU-Fraktion unter <https://m.facebook.com/cdufraktionboeblingen/>. Eine Informationsveranstaltung zum Thema wird in der zweiten Junihälfte stattfinden. Hierzu werden wir Sie rechtzeitig informieren und einladen.

Irmgard Spruth-Müller  
CDU-Fraktion

## ► Die Seiten der Fraktionen

Auf den Seiten „Meinungen aus den Fraktionen“ kommen alle vier Wochen die im Gemeinderat der Großen Kreisstadt Böblingen vertretenen Fraktionen und Gruppen zu Wort.

Für den Inhalt der einzelnen Beiträge auf diesen Seiten sind diese selbst verantwortlich.